

Wendelin Ettmayer (*)

WOZU DIENT DIE ALLIANZ DER DEMOKRATIEN?

1. Der Kalte Krieg gegen China

Die USA haben China einen Kalten Krieg erklärt. Dieser wird zunächst in Form eines Wirtschaftskrieges ausgetragen, es kommt aber auch zu einem neuen Rüstungswettkampf. Wie wir aus den James Bond- Filmen wissen, sind dabei auch die Geheimdienste auf allen Ebenen tätig. Und aus den Medien erfahren wir, dass die Menschenrechte in dieser Auseinandersetzung täglich als Waffe eingesetzt werden.

China soll als aufsteigende Macht eingedämmt werden. Darüber hinaus wird Peking vorgeworfen, den westlichen Demokratien sein autoritäres System aufzwingen zu wollen. Eine „Allianz der Demokratien“ soll Amerika in diesem Kampf unterstützen und dem neuen Kalten Krieg eine breite Legitimation verleihen.

Wenn die Auseinandersetzungen mit China gerade jetzt einen neuen Höhepunkt erreicht haben, dann ist das insofern bemerkenswert, als Joe Biden 2011 als Vizepräsident eine chinesische Delegation empfing und „China Daily“ darüber unter der Überschrift „Warming defense ties with the US“ berichtete. Es wurde damals ein „China-US Strategic Dialogue“ beschlossen und die Militärbands aus beiden Ländern gaben Konzerte im Kennedy Center. Gleichzeitig wurde betont, dass man vielen Sicherheitsrisiken, vom Terrorismus bis zum Klimawandel und von der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen bis zur Cyber-Sicherheit, gemeinsam entgegentreten will.

2012 proklamierte Barack Obama dann seine „Pivot to East Asia“-Politik, wobei es zunächst darum ging, durch bilaterale Militärallianzen die militärische Präsenz in der Region zu stärken sowie Handel und Investitionen auszubauen. Diese Politik war offiziell noch nicht gegen China gerichtet. Aber Washington sprach sich bereits 2015 dagegen aus, dass sich Verbündete an der Asiatischen Infrastruktur- und Investitions- Bank beteiligten. Diese wurde von Peking gegründet, um die gewaltigen Seidenstraße- Projekte zu finanzieren. Die von Obama angestrebte Trans- Pazifische Partnerschaft (TPP) hatte dann das Ziel, Staaten durch Freihandelsabkommen an die USA zu binden, scheiterte aber im Wahlkampf 2016 am innerstaatlichen Widerstand.

Die 2017 eingerichtete Zusammenarbeit der vier Staaten USA, Japan, Indien und Australien im Rahmen des „Quad“ diente offiziell einem „strategischen Dialog“, hatte aber schon den eindeutigen Zweck, China einzudämmen und in seine Schranken zu weisen, wie seinerzeit die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig wurde der Indo- Pazifische Raum zu einem machtpolitischen Schwerpunkt der USA erklärt. Das war nicht neu, haben sich die Vereinigten Staaten doch schon im 19. Jahrhundert als „Pazifische Macht“ verstanden. Aber 2019 betrug der jährliche Handel der USA mit den Ländern der Region immerhin \$ 2300 Milliarden, die Direktinvestitionen beliefen sich auf \$ 1300 Milliarden.

Im Rahmen dieser neuen Strategie haben die USA 2020 bereits 60 % ihrer Flotte mit zehn Flugzeugträgern in den Pazifischen Raum verlegt. Um diese Strategie zu rechtfertigen, wurde China immer wieder als „größte Gefahr“ dargestellt. Den Kern der militärischen Strategie sollte der „AUKUS- Pakt“ bilden, eine Allianz zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA. Erklärtes Ziel dieses Militärbündnisses ist die Zusammenarbeit der drei Länder über den militärisch- technischen Bereich hinaus, in der Cyber- Kriegsführung

und in der Tiefsee- Hochtechnologie. Im Rahmen dieses Programms wird Australien mit Atom U- Booten ausgestattet.

Um die strategischen Interessen der USA zu unterstreichen durchkreuzt die VII. Flotte unter dem Motto „Freiheit der Meere“ regelmäßig das Südchinesische Meer. Kennt man die Geschichte, ist es verständlich, dass Peking darauf gereizt reagiert. Denn seinerzeit wurde der „Opiumkrieg“ von den Engländern unter dem Motto „Freiheit des Handels“ geführt, um die Chinesen zu zwingen, den Engländern Opium abzukaufen.

Der Hauptvorwurf gegen Peking lautet nun, China ist eine Gefahr, weil seine Politik auch darauf abzielt, überall auf der Welt liberale Demokratien durch autokratische Diktaturen zu ersetzen. So steht es in einem Artikel „Weckruf für die freie Welt“, der im Heft „Internationale Politik“ im September 2021 erschienen ist. Es geht also darum, dass China als aufstrebende Macht eingedämmt werden soll und das Land auf keinen Fall in der Lage sein darf, sein politisches System zu exportieren.

2. Will China sein politisches System exportieren?

Tatsächlich hat China während der letzten Jahrzehnte einen fast unvorstellbaren Aufschwung geschafft. Die wirtschaftliche Leistung wurde vervielfacht und über eine „Neue Seidenstraße“ soll der wirtschaftliche Austausch mit Ländern auf allen Kontinenten intensiviert werden. Mit den Olympischen Spielen und der Weltausstellung in Shanghai ist es gelungen, das Ansehen des Landes in der Welt zu erhöhen.

Das Bruttoinlandsprodukt Chinas betrug 1980 lediglich \$ 303 Milliarden, 2020 bereits 13 800 Milliarden Dollar; und soll bis 2026 auf 24 000 Milliarden Dollar ansteigen. Damit ist der Anteil Chinas an der Weltwirtschaft in den letzten 40 Jahren von 2,27 % auf 17,3 % gestiegen und wird in fünf Jahren über 20 % betragen. China wurde von einem von der Landwirtschaft geprägten Land eine Dienstleistungsgesellschaft. Seine Exporte haben alle anderen Länder in den Schatten gestellt und betragen 2019 bereits 11 % der weltweiten Exporte. 2020 tätigte China mit \$ 154 Milliarden die meisten Auslandsinvestitionen.

Diese wirtschaftliche Stärke soll im Rahmen der „Belt & Road Initiative“, dem Lieblingsprojekt von Staatspräsident Xi Jinping, auf dem Landweg und über das Meer die Verbindung Chinas zur Welt wesentlich verbessern. Um Milliarden Dollar werden Autobahnen und Eisenbahnnetze, Häfen und Flughäfen von Kasachstan bis Griechenland und von Indonesien bis Afrika gebaut. Diese „Neue Seidenstraße“ ist ein wahres Jahrhundert- Projekt.

Gleichzeitig hat China sehr viel investiert, um sein Ansehen in der Welt zu steigern: 2008 fanden die Olympischen Spiele in Peking statt; nur zwei Jahre später die Weltausstellung in Shanghai. 2020 wurde eine Raumsonde auf den Mond geschickt, eine andere in die Umlaufbahn um den Mars.

Gerade diese Entwicklung wird von amerikanischer Seite immer wieder mit der Kritik verbunden, China rüstet sehr stark auf. Der Ausbau von kleinen Inseln im Südchinesische Meer wird als „aggressiver Akt“ bezeichnet. Damit stellt sich die Frage: heißt das, dass Peking sein politisches System in der ganzen Welt exportieren und auch den westlichen Demokratien aufzwingen will? Bedeutet der Kauf von Waren auch die Übernahme der politischen Ideologie des Exporteurs? Wohl nicht.

Und vor allem eines: während der sowjetische Kommunismus sehr wohl eine missionarische, machtpolitische Komponente hatte, ist es die offizielle Politik Pekings, seine Ideologie nicht zu exportieren. Genau das führte Deng Xiaoping in einer historischen Erklärung gegenüber einer österreichischen Delegation schon 1973 in Peking aus. Wie Gerd Kaminski in seinem Buch „Chinas Aufstieg- Der Rückblick des Lao Ka“ schreibt, sagte Deng damals: „Man kann eine Ideologie nicht exportieren. Gesellschaftssysteme und Lebensbedingungen werden von den Völkern selbst gewählt. Ein Export von Ideologie wird nicht erfolgreich sein“. Und in China haben Beschlüsse der Parteitage und Leitlinien der Führung Gesetzeskraft.

China als staatliche Einheit hat es schon gegeben, als das Römische Reich gerade in seinen Anfängen war. Diese beeindruckende Kontinuität war nur möglich, weil sich das Land auf die eigene Identität konzentriert und einen „imperial overstretch“ vermieden hat.

3. Wodurch wird ein demokratisches System zerstört?

In einer einzigen Ausgabe der New York Times (vom 9/10 Oktober 2021) konnte man folgende Artikel lesen: „Lobbyists on the prowl“; „Fines prevent too many from voting in Florida“; sowie „A court’s pain- and Americas anger“. Im ersten Artikel geht es darum, dass sich Tausende von Lobbyisten in Washington dafür einsetzen, dass die Preise für Medikamente hoch bleiben, damit die Pharmaindustrie entsprechende Gewinne macht. Der zweite Artikel zeigt auf, dass in Florida, wo Wahlen bekanntlich oft knapp ausgehen, viele Menschen nicht wählen können, weil sie das Geld für ihre Gerichtsgebühren nicht haben. Und schließlich befasst sich ein längerer Artikel damit, dass in den Augen vieler Amerikaner der Supreme Court immer parteipolitischer wird.

Wenn sich diese drei Artikel schon in einer einzigen Ausgabe einer Tageszeitung finden, könnte man die Liste jene Abhandlungen, die sich kritisch mit dem politischen System der USA auseinandersetzen, wohl beliebig fortsetzen. Natürlich kann man argumentieren, es spricht für eine Demokratie, wenn Mängel offen aufgezeigt werden können. Das ist richtig. Aber hier geht es darum, dass diese Mängel nicht durch Einwirkungen von außen entstehen, sondern hausgemacht sind.

Seit Jahren tobt in den USA ein politischer Bürgerkrieg. Dem 2016 gewählten Präsidenten wurde von vornherein von seinen Gegnern jede Legitimität abgesprochen; zweimal wurde versucht, ihn des Amtes zu entheben und ein Sonderstaatsanwalt sollte seine Verbindungen zu Russland untersuchen. Donald Trump wiederum revanchierte sich damit, dass er die Wahl seines Nachfolgers nicht anerkannte und als Wahlbetrug anprangerte.

Die Demokratie- kritische Literatur der USA füllt Bibliotheken. Schon vor einer Generation schrieb William Greider „Who will tell the People-The betrayal of American Democracy“. Der Autor zeigte auf, wie einseitig Macht in Washington ausgeübt wird, ohne Rücksicht auf den Bürger. In „Democracy’s Discontent- America in Search of a public Philosophy“ legt Michael J. Sandel dar, dass die Bürger jene, die sie regieren, nicht mehr kontrollieren. In den letzten Jahren hat sich der Ton der Auseinandersetzungen weiter verschärft. Journalisten von Fox News werden von der anderen Seite schlicht und einfach als „Faschisten“ bezeichnet; während Mark R. Levin über die Gegenseite das Buch „American Marxism“ geschrieben hat.

Hier geht es nicht um eine Demokratie- Kritik, sondern um die Frage, ob ein demokratisches System von außen oder doch eher von innen zerstört wird. Wenn man innerhalb der USA nicht nur darauf ausgerichtet ist, den politischen Gegner zu besiegen, sondern ihn zu

zerstören, welche Schuld trifft dann Peking, wenn das Ansehen der politischen Institutionen des Landes immer mehr schwindet. Auch die massiven Vorwürfe, „Putin“ hätte die Wahlen in den USA gesteuert, stehen im krassen Gegensatz zu den dürftigen Beweisen, die diese Anschuldigungen untermauern sollten.

Bleibt die Frage, ob die Intensivierung des Handels mit China unsere Demokratien in autoritäre Systeme verwandeln kann? Während des Zweiten Weltkriegs waren die USA und das Vereinigte Königreich Verbündete Stalins, ohne dass die Amerikaner und die Engländer deshalb Stalinisten geworden wären. Dazu kommt noch die grundsätzliche Frage, welche Länder als Demokratien eingesehen werden. Im Kalten Krieg zählten alle Diktatoren, die sich dem Kampf der USA gegen die Sowjetunion angeschlossen hatten, zur „Freien Welt“. Wie wird also die Allianz der Demokratien zusammengesetzt sein?

4. Wie soll sich Europa verhalten?

Mit einem Handelsvolumen von ca. € 1 Milliarde pro Tag ist China heute der bedeutendste Handelspartner der Europäischen Union. Offiziell hat die EU festgelegt, China ist „strategischer Partner“, hinsichtlich des politischen Systems aber Rivale. Das ist natürlich keine eindeutige Antwort auf die entscheidende Frage: Sollen sich die Mitglieder der EU dem Kalten Krieg der USA gegen China anschließen?

In einem sehr fundierten Artikel zum Thema „L'Union européenne, entre États-Unis et Chine“ hat Hans Dietmar Schweisgut auf die gemeinsamen transatlantischen Werte hingewiesen. Das ist grundsätzlich richtig. Die Ideen der Aufklärung wurden zunächst in Europa erdacht und dann in Nordamerika umgesetzt. Heute gibt es aber nicht nur grundsätzliche gesellschaftspolitische Unterschiede, etwa hinsichtlich der Haltung zum Wohlfahrtsstaat, auch in der Außenpolitik ist der Krieg in Europa nicht mehr „die Verlängerung der Politik mit anderen Mitteln“.

Wie man gerade in letzter Zeit wieder gesehen hat, verfolgen die USA ihre eigenen Interessen ohne Rücksicht auf Europa: der Abzug aus Afghanistan wurde mit den europäischen Verbündeten nicht abgesprochen, was mit ein Grund für die chaotischen Ereignisse war. Frankreich wurde in rücksichtsloser Weise aus einem immerhin € 52 Milliarden Kontrakt mit Australien ausgebootet, die Australier wurden gedrängt, amerikanische U-Boote zu kaufen. Und die Umsetzung des im Dezember 2020 zwischen der EU und China abgeschlossenen Investitionsabkommen wird von Washington mit allen Mitteln torpediert.

Auf die Frage, wie sich die Europäer gegenüber China verhalten sollen, kann es daher nur eine Antwort geben: auch Europa muss seine Interessen wahrnehmen. Es geht darum, die Integration der EU so zu gestalten, dass die anstehenden Probleme innerhalb der Union, aber auch in Zusammenarbeit mit anderen gelöst werden können. Das gilt für Fragen der Sicherheit genauso wie für den Umweltschutz und die Digitalisierung; das gilt für den Ausbau der Lebensqualität und für die Energieversorgung. Letztlich geht es darum, ob wir für die Bewältigung dieser Aufgaben in der Welt mehr Kooperation oder mehr Konfrontation brauchen.

5. Wir brauchen mehr „global governance“.

Verfolgt man, wie die Entwicklung der Welt der Zukunft dargestellt wird, muss man nicht ängstlich sein, um sich dennoch zu fürchten. Da heißt es von den chinesischen-

amerikanischen Beziehungen, sie seien „Destined for War“, wie der Titel des Bestsellers von Graham T. Allison lautet. Im „Krieg gegen den Terror“ werden immer wieder neue Fronten eröffnet; und selbst wenn die Zahl der zwischenstaatlichen Kriege abnimmt, kann man das von Bürgerkriegen nicht sagen. Die einen sagen das Ende der Welt aufgrund einer Klimakatastrophe voraus; andere befürchten das Ende unserer Zivilisation durch Migrationsbewegungen. Wirtschaftskrisen gibt es immer wieder und die Covid- Pandemie zeigt, wie unvorbereitet die Menschen selbst auf Gefahren sind, von denen immer wieder gesprochen wurde.

Die Frage ist nun, wie die Staatenwelt auf all diese Herausforderungen reagieren soll, durch Kooperation oder durch Konfrontation? Mit einer „Allianz der Demokratien“ wollen die USA dem Rest der Welt den Kampf ansagen. Wer sich mit Amerika nicht alliiert, wird als „Autokrat“, „Diktator“ oder gar als „Killer“ abgestempelt. Schon in ihrer „Defense Planning Guidance“ aus dem Jahre 1992 haben die USA festgestellt, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, damit kein anderes Land der Welt auch nur annähernd die militärische Stärke der amerikanischen Streitkräfte erreicht.

Diese Betonung der militärischen Stärke zeigt natürlich, dass die Konfliktlösung im internationalen Bereich noch Züge des Faustrechts aufweist. Bis zum „Ewigen Landfrieden“ von 1495 wurden auch innerstaatliche Konflikte durch Fehden, also mit Waffengewalt ausgetragen. Die Fehde wurde verboten, aber bei internationalen Konflikten gilt der Einsatz bewaffneter Macht immer wieder als legitimes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Es wäre an der Zeit, auch international den Weg zu gehen, der innerstaatlich zur Beilegung von Konflikten auf dem Rechtswege geführt hat.

Nun ist es ein erklärtes Ziel der „Allianz der Demokratien“, Demokratie und Menschenrechte in ihrer westlichen Ausprägung auf der ganzen Welt durchzusetzen. Damit sollte Frieden auf der ganzen Welt erreicht werden, denn, so die falsche Theorie, „Demokratien führen keine Kriege gegeneinander“. Nur, wenn immer wieder und überall dort Kriege geführt werden sollen, wo jemand die Verletzung einer demokratischen Entscheidungsfindung oder von Menschenrechten feststellt, dann ist die Wahrscheinlichkeit eines dauernden Friedens sehr gering. Im 18. Jahrhundert sollte das „Gleichgewicht der Kräfte“ die Grundlage einer friedlichen internationalen Ordnung sein. Leider hat immer wieder zumindest eine Großmacht festgestellt, dieses Gleichgewicht müsse im eigenen Interesse neu hergestellt werden. Damit gab es Kriege ohne Ende.

Wenn man davon ausgeht, dass es in einem Land die Mittelschicht ist, die oft als Vorkämpfer für mehr politische Rechte auftritt, dann sollte doch versucht werden, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen breiten Mittelstand durch internationale Zusammenarbeit zu erreichen. Dabei ist es äußerst schwierig, die Wesenszüge eines Volkes und dessen Entwicklung zu diagnostizieren. Selbst der große Soziologe Max Weber irrte, als er in seinem Werk „Konfuzianismus und Taoismus“ ausführte, in China könne der Kapitalismus nicht Fuß fassen, weil die „konfuzianische Ethik“ der „protestantischen Ethik“ nicht entspricht. Und diese wurde ja bekanntlich als eine wesentliche Triebkraft des modernen Kapitalismus gesehen.

Auch wenn die Globalisierung immer wieder Gegenbewegungen hervorruft, kann man davon ausgehen, dass eine starke Interdependenz weiterhin die Welt prägen wird. Seit dem 30-jährigen Krieg hat die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Staaten immer

wieder zu einer neuen internationalen Ordnung geführt. Nach dem Wiener Kongress kam es zur „Heiligen Allianz“, nach dem Ersten Weltkrieg zum Völkerbund und nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Vereinten Nationen gegründet. Seit 1945, insbesondere dann nach dem Ende des Kalten Krieges, hat sich das internationale Kräfteverhältnis gewaltig verschoben. Wirtschaft und Technik, Produktion und Information wurden globalisiert, die damals etablierten Institutionen wurden aber nicht grundlegend geändert, sondern immer nur fortgeschrieben.

Ein wesentlicher Schritt wäre es daher, heute „global governance“ etwa durch eine stärkere Zusammenarbeit in den zahlreichen „technischen“ Organisationen der UNO zu stärken. Interessen und Ziele könnten besser koordiniert werden, es geht darum, die „globale Zivilgesellschaft“, also Gruppen, die über staatliche Grenzen hinweg zusammenarbeiten, stärker einzubinden.

Aber auch im politischen Bereich sollte eine stärkere Zusammenarbeit möglich sein, etwa dort, wo auch bei den Großmächten gemeinsame Interessen bestehen. Dazu gehören die Bekämpfung des Terrors, Hilfe bei Naturkatastrophen oder die Kontrolle „gescheiterter Staaten“. Dafür würde sich der Treuhandschafts- Rat der Vereinten Nationen anbieten. Dieser hatte ursprünglich die Aufgabe, Kolonien und abhängige Gebiete „in die Unabhängigkeit zu führen“. Seit Jahren ruht seine Tätigkeit. Diese Institution würde sich aber als Gremium für eine Zusammenarbeit auch zwischen Großmächten anbieten, eben dort, wo gemeinsame Interessen bestehen.

Friedrich Schiller hat in seiner Antrittsvorlesung an der Universität Jena davon gesprochen, dass die Weltgeschichte sowohl vom Zufall, als auch vom „höheren Verstand“ geleitet wird. Diesem „höheren Verstand“ würde wohl am besten dadurch Rechnung getragen, dass die Staaten die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gemeinsam angehen und sich nicht in neuen Allianzen konfrontieren.

Dr. Wendelin Ettmayer; ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat; Botschafter in Finnland/Estland; Kanada/Jamaika und beim Europarat; Autor; www.wendelinettmayer.at